

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 9. September 2024
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

A 97 Anfrage Meier Anja und Mit. über umstrittene zivilrechtliche Zuweisungen psychisch belasteter Minderjähriger aus dem Kanton Luzern / Gesundheits- und Sozialdepartement

Die Anfrage A 97 sowie die Anfrage A 96 von Luca Boog über den Umgang mit psychisch kranken Jugendlichen werden als Paket behandelt.

Anja Meier ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Luca Boog ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Anja Meier: Die Luzerner Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) haben in den letzten Jahren vereinzelt Jugendliche, die zuvor in einer sozialpädagogischen Einrichtung platziert waren, in die Jugendabteilung einer Justizvollzugsanstalt verlegt, dies im Sinn einer Krisenintervention und vorübergehend, wie die Regierung in ihrer Antwort ausführt. Es handelt sich zwar um einzelne Fälle, aber auch wenn die Regierung schreibt, dass diesen Platzierungen eine sorgfältige Abwägung vorausging, sind solche Massnahmen aus kinderrechtlicher Sicht höchst problematisch. Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass auch die Luzerner Politik in der Verantwortung steht, selbst- und fremdgefährdete Jugendliche zu schützen und dazu auch die notwendigen kindesgerechten Strukturen zu schaffen. Wir müssen sicherstellen, dass solche Kriseninterventionen und Time-outs nicht im Gefängnis stattfinden. Anstatt die notwendige fachliche Unterstützung erhalten die Betroffenen ein Zeichen der Bestrafung und der Unerwünschtheit. Die Antworten werfen aber auch ein Licht auf eine viel grundsätzlichere Krise, nämlich dass es nicht gut steht um die psychische Gesundheit junger Menschen und es an Angeboten fehlt. Psychische Probleme sind heute die häufigste gesundheitliche Herausforderung bei Kindern und Jugendlichen. Alarmiert sind wir über die Aussage, dass der zu rund zwei Drittel umgesetzte Ausbau der ambulanten Behandlungskapazitäten gemäss dem Planungsbericht Psychiatrie durch die nach Covid weiter gestiegene Inanspruchnahme weitestgehend ausgeglichen wurde. Die Wartezeiten verharren nach wie vor bei bis zu sechs Monaten für «durchschnittliche» Fälle auf einem beunruhigend hohen Niveau. Diese sechs Monate sind für die Betroffenen und ihr Umfeld mit einem sehr grossen Leidensdruck verbunden. Die Politik muss aus unserer Sicht mehr unternehmen, um sicherzustellen, dass psychisch belastete Kinder und Jugendliche jene Hilfe erhalten, die sie benötigen. Der Bedarf steigt nicht nur bei den ambulanten Angeboten. Es spricht Bände, dass die Luzerner Psychiatrie (Lups) einen Ausbau der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Therapiestationen und des tagesklinischen Angebots als sinnvoll

erachtet. Diese Mittel sind im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) nicht eingestellt. Die SP-Fraktion nimmt sich dieser Thematik auch weiterhin noch an. Die Aussage, dass ein Bedarf für eine Einrichtung für stark gefährdete, verhaltensauffällige oder anderweitig schwierige Kinder und Jugendliche im Kanton Luzern nicht ausgewiesen ist, hinterfragen wir. Ob geschlossene Abteilungen oder nicht – schon heute müssen laufend Kinder und Jugendliche ausserkantonale platziert werden, weil die meisten unserer Institutionen nicht für Kinder und Jugendliche mit starken Verhaltensauffälligkeiten eingerichtet sind. Die SP-Fraktion ist der Ansicht, dass der Kanton Luzern seine Struktur diesbezüglich überprüfen und das Thema im interkantonalen Austausch auf seine Agenda setzen sollte. Bevor solche einschneidenden Massnahmen wie eine Platzierung oder ein Time-out in einem Gefängnis erforderlich werden, müssen wir sicherstellen, dass genügend vorgelagerte Angebote für Kinder und Jugendliche vorhanden sind. Das lohnt sich auch finanziell genauso, wie auch die Tradition dazu beiträgt, die Gesundheitskosten längerfristig zu senken. Aus unserer Sicht geht es zu langsam, wenn für eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Schuldiensten fast drei Jahre nach Verabschiedung des Planungsberichtes Psychiatrie noch immer erst Gespräche stattfinden. Diesbezüglich wünschen wir uns, dass der Kanton schneller vorwärtsmacht.

Luca Boog: Die Antworten des Regierungsrates sind zum grössten Teil schlüssig und zeigen auf, wie akut der Bedarf nach einer besseren Unterstützung für psychisch kranke Jugendliche im Kanton Luzern ist. Die Antworten zeigen aber auch auf, dass die Massnahmen im Planungsbericht Psychiatrie im Bereich der Jugendlichen bereits fast verpufft sind. Es stellt sich aber schon die Frage, wie ernst die Regierung ein sogenanntes Time-out nimmt, das in einem Gefängnis erfolgt. Die Antwort der Regierung löst bei mir das Gefühl aus, dass die Regierung dieses Anliegen doch etwas auf die leichte Schulter nimmt. Zudem stellen sich für mich auch noch ein paar weitere Fragen, insbesondere zur Antwort zu Frage 1. Dort heisst es, dass gemäss Angaben der KESB im Kanton Luzern in den letzten zehn Jahren keine Jugendlichen in einem Gefängnis inhaftiert wurden. Investigativrecherchen haben jedoch etwas anderes ergeben. Was geschehen ist, ist aber geschehen, und wir müssen uns auf die Zukunft konzentrieren und dafür besorgt sein, dass psychisch kranke Jugendliche nicht mehr in einem Gefängnis inhaftiert werden und wir diesen jungen Menschen auf eine andere Art helfen können. Die Wartezeiten bei den Einweisungen sind meiner Meinung nach sehr besorgniserregend und dürfen auf keinen Fall länger werden. Bis zu sechs Monate zu Hause zu warten und die Jugendlichen und ihre Familien ihrem Schicksal zu überlassen, ist einfach zu lang. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns dieses brennenden Themas weiterhin annehmen und nicht einfach die Augen davor verschliessen. Wenn wir es jetzt verpassen, Massnahmen zu ergreifen, wird das Problem noch viel akuter, und die Spätfolgen werden uns als Gesellschaft ein x-Faches kosten.

Sibylle Boos-Braun: Auch wenn eine kürzlich durchgeführte Umfrage der Krankenkasse «CSS» eine leichte Verbesserung des Gesundheitszustands der Schweizerinnen und Schweizer zeigt, dürfen wir nicht aufatmen. Die jungen Menschen in der Schweiz fühlen sich nach wie vor am häufigsten krank, kränker, als die andere Bevölkerung. Die Gründe sind vielschichtig: soziale Medien, Leistungsdruck, Krieg, Zukunftssorgen usw. Die Situation der jungen Leute ist alarmierend. Fast 40 Prozent der Frauen fühlen sich emotional und psychisch unwohl, bei den gleichaltrigen Männern sind es 31 Prozent. Entsprechend sind die gestellten Fragen wichtig, insbesondere diejenigen von Luca Boog zum Umgang mit psychisch kranken Jugendlichen. Sehr bedenklich sind die Wartezeiten im Kanton Luzern für eine Behandlung von psychisch kranken Jugendlichen durch entsprechendes Fachpersonal. Bei durchschnittlichen Fällen beträgt die Wartezeit bis zu sechs Monate. Bei Spezialfällen wie beispielsweise Autismus dauert es bis zu 18 Monate. Wer jemals ein Kind oder einen Jugendlichen mit solchen

Problemen zu Hause hatte, weiss, dass jeder Monat des Wartens auf eine Behandlung äussert belastend ist. Der Planungsbericht Psychiatrie aus dem Jahr 2021 will die Wartezeiten in der Psychiatrie senken. Inzwischen wurden zwei Drittel des geplanten Ausbaus gemacht, aber der Ausbau wurde durch die höheren Fallzahlen bereits wieder aufgeholt. Die Wartezeiten sind trotz des Ausbaus nicht gesunken. Die Realität hat also die Planung bereits überholt. Obschon die Regierung anerkennt, dass es einen weiteren stärkeren Ausbau des ambulanten und stationären Angebots braucht, sind die zusätzlichen finanziellen Mittel im aktuellen AFP leider nicht eingestellt. Dieser Entscheid sollte unbedingt überdacht und die nötigen Mittel zum Abbau der Wartezeiten sollten im AFP bereitgestellt werden.

Irina Studhalter: Ich bin erleichtert, dass laut Antwort des Regierungsrates so wenig Jugendliche von einem sogenannten Time-out respektive einer Unterbringung im Gefängnis betroffen waren. Kinder und Jugendliche sind besonders vulnerabel, und dem wird unter anderem in Gesetzestexten Rechnung getragen. Was mich viel mehr beschäftigt, ist die psychiatrische Versorgung von Kindern und Jugendlichen. Die Wartezeiten sind im Moment sehr lang, laut Antwort des Regierungsrates bis zu sechs Monate für einen durchschnittlichen Fall und doppelt so lang für Spezialthemen. Ein sogenannter durchschnittlicher Fall ist beispielsweise eine Angststörung oder eine Depression. Die Wartezeiten darf man in diesem Fall nicht aus der Perspektive der Erwachsenen sehen, sondern aus Kinderaugen. Sechs Monate sind für ein Kind sehr lang. Während dieser Wartezeit löst sich eine psychische Krankheit nicht von selbst, sondern sie kann sich akzentuieren, und die Begleitung der Betroffenen wird in der Zwischenzeit von anderen Institutionen übernommen, weil die Kinder und Jugendlichen mit ihrer Angststörung oder Depression nicht einfach zu Hause warten können. In einem solchen Fall springt die Schulsozialarbeit in die Bresche, die eigentlich weder die Kapazitäten noch das Fachwissen hat. Das ist ein Teufelskreis, der die Belastung aller Involvierten verstärkt. Zudem ist auch oft nicht einfach das kranke Kind das Problem, sondern das Familiensystem, das Umfeld. Das Kind ist der Teil des Systems, der aufhört zu funktionieren. Systemische sozialpädagogische Begleitung und Fachwissen sind deshalb gefragt. Dafür steht die Grüne Fraktion ein. Es ist wichtig, dass wir hinschauen und nach Lösungen suchen.

Monika Schnydrig: Wir haben viel über die psychische Gesundheit, Wartezeiten und die daraus entstehenden Probleme gehört. Das ist aber nicht Thema der beiden Anfragen. Das Thema ist eine eher einseitige und polemische Reportage von «SRF Investigativ», die zu diesen beiden Anfragen geführt hat. Die Regierung antwortet sehr ausführlich und mit Zahlen und Begründungen, die fachlich absolut nachvollziehbar sind. In den vergangenen zehn Jahren kam es zu fünf Fällen. Die Verlegung der betroffenen Jugendlichen erfolgte aber nicht aufgrund psychiatrischer Indikationen und entsprechend auch nicht aufgrund fehlender psychiatrischer Behandlungsplätze, sondern weil die Jugendlichen ein höchst schwieriges, bedrohliches und eskalierendes soziales Verhalten mit akuter Fremdgefährdung zeigten. Das ist ein ganz anderes Thema. Es geht also um die akute Fremdgefährdung. Die Jugendlichen werden davor geschützt, etwas zu tun, das sie länger in eine Strafanstalt bringen würde. Ich finde, das ist gut so. Die SVP-Fraktion sieht keinen Handlungsbedarf.

Pia Engler: In der CSS-Studie wurden 18- bis 35-Jährige befragt, also junge Erwachsene. Die Studie kann in diesem Sinn nicht das Abbild für Kinder und Jugendliche sein. Trotzdem ist es schön, dass die Studie in eine positive Richtung zeigt. Ich verstehe, dass die fünf Fälle beunruhigen können. Ich möchte den Fokus aber darauf richten, was davor geschieht. Die Jugendlichen, die schlussendlich in dieser Strafanstalt gelandet sind, haben unser Schulsystem durchlaufen. Man wacht nicht einfach eines Morgens auf und legt ein delinquentes Verhalten an den Tag. Das ist etwas, das sich entwickelt. Die Biografien der

betroffenen Kinder und Jugendlichen zeigen, dass sie bereits sehr viele Stationen durchlaufen haben. Es gibt Anzeichen, die man aber erkennen muss. In unserem System besteht die Schwierigkeit darin, dass wir wenig auf Prävention und Früherkennung setzen. Ich finde es sehr bedauerlich, dass die Kommunikation und der Austausch zwischen den Dienststellen aus dem Bereich Bildung und dem Bereich Soziales noch nicht intensiver sind. In diesem Bereich erhoffe ich mir etwas, und wir sollten ein stärkeres Augenmerk darauf richten. Jugendliche mit einem delinquenten Verhalten sind fast nicht mehr ansprechbar, und deshalb braucht es teilweise krasse Massnahmen. Ich spreche aus Erfahrung. Aber auch Sie waren einmal Kinder und wissen, dass Kinder ansprechbar sind. Wir müssen diese Kinder ansprechen und bei den ersten Anzeichen aufmerksam werden. Ich möchte die Dienststellen bitten, sich Gedanken darüber zu machen, wie wir diese Früherkennung an die Hand nehmen können.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektorin Michaela Tschuor.

Michaela Tschuor: Es ist wichtig zu verstehen, dass die fünf Fälle der vergangenen zehn Jahre in Zukunft sicherlich anders gehandhabt werden müssen. Es waren aber auch Fälle, bei denen es nicht um die psychiatrische Indikation von Jugendlichen ging, sondern um eine akute Fremd- oder Selbstgefährdung. Es ist ein weiterer, wichtiger Aspekt, dass die Kinder- und Jugendpsychiatrie zurzeit unterdotiert ist. Zwei von zehn Jugendlichen erhalten keine psychologische oder psychiatrische Behandlung. Das ist sowohl der Regierung als auch der Luzerner Psychiatrie (Lups) bewusst. Aus diesem Grund hat die Lups das sogenannte Kriseninterventionszentrum im Schappe Center in Kriens gestartet. Dieses Projekt wird von der Lups vorangetrieben, um die Wartezeiten weiter reduzieren zu können. Ein sehr wichtiger Ansatz wurde heute schon erwähnt. Diesbezüglich spreche ich auch im Namen der Lups: Wir müssen das Problem an der Wurzel packen und nicht einfach die Symptome bekämpfen. Wir benötigen mehr Behandlungsplätze, aber wir müssen vor allem schauen, wo was stattfindet. Deshalb hat die Dienststelle Gesundheit mit dem Bildungs- und Kulturdepartement Kontakt aufgenommen. Im Bereich von Versorgungsnetzen möchte man die psychiatrische Gesundheit bereits im Bildungsbereich stärken. Das geht in den Bereich der Frühförderung, der Spielgruppen und Kindergärten. Es fängt aber bereits bei der Mütter- und Väterberatung an, und diesbezüglich ist mein Departement gefragt. In den genannten Bereichen müssen wir den Hebel ansetzen, und nicht einfach immer nur Stellen ausbauen, sondern das Problem an der Wurzel packen.